

Verschuldungskrise : WeiterwursterIn bedroht die Weltwirtschaft

Autor(en): **Schmid, Hanspeter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **76 (1984)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355180>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weiterwursteln bedroht die Weltwirtschaft

*Dr. Hanspeter Schmid **

Der Schuldenturm der Dritten Welt wächst und wächst. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind katastrophal. Die Auswirkungen sind auch in der Schweiz zu spüren: Die Exporte in die Drittweltländer – vor allem nach Südamerika – gehen drastisch zurück. Trotz der ungemütlichen Lage wird munter weitergewurstelt. Auch der Bundesrat macht keine Ausnahme: Er schlägt Lösungen vor, die sich schon vor Jahren als untauglich erwiesen haben. Um so mehr sollten sich Gewerkschaften und Drittweltorganisationen um das Problem kümmern. Die Verschuldungskrise bedroht Arbeitsplätze in der Schweiz und verschlechtert die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen in der Dritten Welt. Ausgangspunkt für ein gemeinsames Handeln ist die Erkenntnis, dass es so nicht mehr weitergehen kann.

«Es handelt sich nicht um eine Systemkrise, sondern um eine temporäre Überforderung des Systems» – dies ist der Kernsatz im bundesrätlichen Bericht über die Risiken der internationalen Verschuldung. Dass das Problem der Verschuldung «temporärer» Natur sei, mithin also einer baldigen Lösung zustrebe, bringen auch die neuesten Jahresberichte des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zum Ausdruck. Der Bundesrat befindet sich mit seiner Meinung also durchaus in einer illustren, wenn auch nicht gerade helllichtigen Gesellschaft. Denn es kann heute niemandem mehr entgehen, dass mit dem Problem der internationalen Verschuldung die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise wächst, die derjenigen von 1929 in nichts nachsteht.

Ich möchte an dieser Stelle nicht Zahlenhuberei betreiben, aber ein Blick auf die quantitative Seite des Problems sollte klar machen, dass das «System» bedenklich aus den Fugen geraten ist: Auf über 800 Milliarden Dollar ist der Schuldenberg der Drittweltländer inzwischen angewachsen, und es gibt zahlreiche Länder, die mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen aus den Exporten von Gütern und Dienstleistungen für die Bezahlung der Schuldzinsen aufwenden müssen. Dies ist volkswirtschaftlich auf die Dauer ein unmöglicher Zustand. Und die vielbemühten Silberstreifen am Horizont wollen sich nicht zeigen, im Gegenteil, der Horizont verdüstert sich weiter: So hat beispielsweise Argentinien im vergangenen Jahr zwar unheimliche Sparanstrengungen gemacht, seine Importe gedrosselt und die Exporte intensiviert. Doch der auf diese Weise erzielte

* Dr. Hanspeter Schmid ist Mitarbeiter der Erklärung von Bern, Verein für solidarische Entwicklung.

Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Milliarden Dollar macht nur gerade 17,5 Prozent des für 1984 anstehenden Schuldendienstes von fast 22 Milliarden Dollar aus. Argentinien kann also noch so viel sparen und noch so sehr seine Inlandindustrie und seine staatlichen Dienste abwürgen, es kommt nicht umhin, neue Kredite aufzunehmen, um die ausstehenden Zinsen zu bezahlen und die Rückzahlung der Schulden auf die nächsten Jahre zu verschieben. Für die meisten südamerikanischen Länder stellt sich die gleiche Problematik. Dahinter verbirgt sich eine soziale Tragödie.

Auch dem abgebrühtesten Bankier kann nicht mehr entgehen, dass die von den Schuldnerländern verlangten Sanierungsmassnahmen längst jedes wirtschaftlich, sozial und politisch tragbare Mass überschritten haben. Armut und Elend, und in ihrer Folge Gewalt und Gegengewalt sind in den vergangenen Jahren unter dem Druck der Schuldenkrise in zahlreichen Drittstaaten explodiert. Die Wunden, die die Schuldenkrise gerissen hat, werden noch Jahrzehnte offen stehen.

Um so schmerzlicher ist es, wenn sich die «Analysen» des Bundesrates als Schönfärberei und seine Lösungsansätze als reines Wunschdenken entpuppen.

Schönfärberei und Wunschdenken

«Wenn das Wörtchen wenn nicht wär, wär mein Vater Millionär», pflegten wir als Kinder zu sagen. Ganz nach dieser Logik scheint der Bundesrat an das Problem heranzugehen: Seines Erachtens kann das Verschuldungsproblem gelöst werden, wenn eine Reihe von Voraussetzungen, wie etwa *stärkeres Wirtschaftswachstum der Industriestaaten, tiefere Zinsen, Abbau des Protektionismus und Zunahme der Finanzflüsse in die Drittweltländer*, erfüllt werden. Aber in der Praxis werden diese Voraussetzungen nicht nur nicht erfüllt, sondern Banken und Industrien der Industriestaaten machen im Moment das pure Gegenteil.

Zum Beispiel tiefere Zinsen: Dass das gegenwärtige Zinsniveau unverantwortlich hoch ist und nahezu an Wucher grenzt, wird von niemandem ernsthaft bestritten. Doch im gleichen Moment, da der Bundesrat oder die BIZ für Zinssenkungen plädierten, drückten die amerikanischen Banken den massgebenden Zinssatz, die Primerate, auf das seit 1982 höchste Niveau von 13 Prozent. Allein die kürzlich erfolgte Zinserhöhung von einem halben Prozent kostet nach Berechnungen der Weltbank die Entwicklungsländer etwa 1,25 Milliarden Dollar mehr Zinsen pro Jahr. Rechnet man alle im Jahre 1984 gemachten Zinserhöhungen zusammen, auferlegten sie allen südamerikanischen Schuldenländern rund *4 Milliarden Dollar mehr an Zinsaufwand*. Und dies alles nur, weil einige amerikanische Grossbanken sich in ihrem Eifer, immer grössere Gewinne auszuweisen, übertan und die grundlegendsten Sorgfaltspflichten missachtet haben. «Aber ist es fair, wenn Drittweltländer höhere Zinsen für Bankskandale in den USA berappen müssen, mit anderen

Worten, die US-Pleiten über den Zins mitbezahlen müssen?» – fragt sich selbst die nicht im Ruf eines Bankenfeindes stehende Schweizerische Handelszeitung (SHZ 1.6.84).

Zum Beispiel Abbau der Handelshemmnisse gegenüber Drittweltländern: Dass die Drittweltländer ihre Exporte intensivieren und die Industriestaaten die Importe erleichtern sollen, wird von den Wirtschaftspolitikern unserer Breitengrade bis zur Erschöpfung gepredigt. Auch unser schweizerischer Volkswirtschaftsminister weiss das Lied vom Freihandel und vom Abbau des Protektionismus geradezu mit Inbrunst zu intonieren. Die Praxis sieht anders aus. Immer mehr schotten die Industriestaaten ihre Märkte vor den Drittweltstaaten ab und ausgerechnet die punkto Freihandel als Musterknabe geltende Schweiz muss sich im jüngsten Weltentwicklungsbericht der Weltbank den Vorwurf gefallen lassen, betreffend versteckter Importrestriktionen gegenüber den Drittweltländern sogar an der Spitze zu stehen. Kommt noch hinzu, dass die gleichen Industriestaaten, die die Exporttätigkeit der Drittweltländer propagieren, für die ständig sinkenden Preise auf den exportierten Rohstoffen mitverantwortlich sind und davon profitieren. Seit 1980 fielen die Preise der wichtigsten Rohstoffe um mehr als 25 Prozent.

Zum Beispiel Eindämmung der Kapitalflucht: Nach jüngsten Schätzungen der BIZ betrug allein zwischen 1978 und 1982 die Kapitalflucht aus den lateinamerikanischen Ländern über 50 Milliarden Dollar, und der Bundesrat erwähnt in seinem Bericht, dass im Falle eines lateinamerikanischen Landes die Summe der ausser Landes geflüchteten Kapitalien mehr als 90 Prozent der Aussenschuld beträgt.

Als es allerdings darum ging, mit der Bankeninitiative dem Zustrom von Fluchtgeldern einen Riegel zu schieben, haben Bundesrat und Bankenlobby alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dies zu verhindern. Somit haben skrupellose lateinamerikanische Financiers weiterhin leichtes Spiel, ihre im Land dringend benötigten Dollars in die Schweiz zu verschiffen. Kein Zweifel: die offizielle Schweiz predigt gegen die Kapitalflucht und begünstigt sie im gleichen Moment mit ihrer Gesetzgebung. Die Zahlen beweisen es: Zwischen 1978 und 1982 sind die Treuhandguthaben Argentiniens in der Schweiz von 416 Millionen auf 3,3 Milliarden Franken hinaufgeschneit.

Zum Beispiel Wachstum: «Nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum in den westlichen Industrieländern» (BIZ-Jahresbericht) wird als notwendige Bedingung für die Lösung der Verschuldungskrise genannt. Aber auch hier ist der Wunsch Vater des Gedankens. Denn zum einen steht das gegenwärtige Wachstum in den USA auf einem sehr wackeligem Fundament und zum anderen steigt es gerade deswegen nicht im gewünschten Umfang, weil die Exporte in die Dritte Welt, bedingt durch die Verschuldungskrise, zurückkriechen. In den 70er Jahren konnte die

Krise der Industrieländer dank dem Exportboom vor allem in die Schwellenländer (Beispielsweise Brasilien, Nigeria) teilweise aufgefangen werden. Doch ihre heutige Zahlungsunfähigkeit ist die Folge des damaligen Booms. Es ist nahezu grotesk: Wachstum wird als Rezept gegen die Verschuldungskrise hingestellt. In Wirklichkeit ist aber die ungelöste Schuldenkrise eine der Ursachen, warum der Wachstumsprozess stagniert.

Zusammenfassend: Sämtliche Voraussetzungen, die der Bundesrat in seinem Bericht für die Lösung der Schuldenkrise als notwendig erachtet, existieren in Tat und Wahrheit nicht. Der ungenügenden Analyse folgt die falsche Politik auf dem Fuss.

Wege in die Schuldenfalle

Die Ursachen der Schuldenkrise sind zahlreich. Im folgenden sind einige näher ausgeführt:

Entwicklungsgigantismus

Im Verlaufe der 70er Jahre nahmen zahlreiche Drittweltstaaten riesige Infrastrukturprojekte in Angriff. Oft endeten aber die Milliardeninvestitionen, die mit ausländischen Krediten bezahlt wurden, in einem Fiasko. Die Gelder versickerten in Korruption und Fehlplanungen; zurück blieben Investitionsruinen. Ein Beispiel: Das Mammutkraftwerk Itaipú in Brasilien kostet rund 25 Milliarden Franken. Ob der Strom je gebraucht wird, ist ungewiss.

Expandierender Euromarkt und Kapitalüberfluss der westlichen Banken

Die westlichen Banken drängten den Drittweltstaaten die Kredite buchstäblich auf. Sie hatten eine Art «Überliquidität», weil Milliardenbeträge aus den arabischen Staaten nach Europa und die USA gepumpt wurden. Für das Recycling dieser Petrodollars waren die Drittweltstaaten gerade gut genug. Mit dem Euromarkt entstand ein Geld- und Kreditmarkt, der die Kredite unkontrolliert und chaotisch vergab. Jedermann bekam Kredit, sofern er bereit war, die hohen Zinsen zu bezahlen. Auch der westlichen Exportindustrie kam der Kreditboom gelegen. Die Dritte Welt war angesichts der Rezession in den Industriestaaten der ideale «Alternativ-Absatzmarkt».

Der hohe Erdölpreis

Die meisten expandierenden Drittweltstaaten stützten ihr Wachstum auf dem Erdöl ab. Beispielsweise ist in Brasilien der ganze Verkehr auf

Es wird weitergewurstelt

«Solange sich die Zusammenarbeit der Banken indessen auf das Krisenmanagement der Steuerungsausschüsse beschränkt, wird ein langfristiges Konzept (zur Bewältigung der Schuldenkrise) ausser Griffnähe bleiben», schreibt die NZZ (1.4.84) und auch Nationalbankpräsident Leutwiler vertritt die Meinung, «dass man zu einer konstruktiven Lösung mehr braucht als nur Währungsfondsprogramme, und dass die Anpassungsmassnahmen in den Schuldnerländern nicht so rasch durchgeführt werden können. Da sind zwar Ansätze zu sehen, aber wenig Taten». (Die Zeit, 1.6.1984)

die Strasse ausgerichtet. Die Eisenbahnen liess man vergammeln. Die drastischen Erdölpreissteigerungen brachten die jeweiligen Handelsbilanzen arg aus dem Gleichgewicht. So musste Brasilien mehr als die Hälfte seiner Ausgaben für Importe für das Erdöl aufwenden. Die wachsenden Defizite wurden auf dem Kreditweg finanziert.

Die Verschlechterung der Terms of Trade

Während die Drittweltstaaten für die Importe immer mehr bezahlen mussten, fielen die Preise für die exportierten Rohstoffe. Auch von dieser Seite verschlechterte sich die Handelsbilanz zunehmend. Sambia bestreitet beispielsweise mehr als 90 Prozent seiner Einnahmen aus dem Kupferexport. Was passiert, wenn der Kupferpreis zusammenbricht, lässt sich leicht ausmalen.

Die Kapitalflucht

Je mehr die Drittweltstaaten in die Krise schlitterten, desto mehr versuchten deren jeweilige Eliten, ihr privates Scherflein ins trockene zu bringen. Firmen und reiche Einzelpersonen zogen Milliardenbeträge aus Brasilien, Mexiko oder Argentinien ab und verschifften sie in die sicheren Bankhäfen wie New York oder Zürich. Das fehlende Geld musste auf dem Kreditweg von den gleichen Banken gepumpt werden, die die Fluchtgelder in Depot nahmen.

Die Zinsexplosion

Als die Drittweltstaaten sich zu verschulden begannen, waren die Zinsen relativ tief. Im Verlauf der 80er Jahre schnellten die Zinsen aber auf eine historisch einmalige Höhe. In einzelnen Fällen betrug sie bis zu 20 Prozent. Da die meisten Kredite zu «variablen» Zinssätzen ausgehandelt worden waren, stieg die Zinsenlast enorm. Neukredite mussten gesucht werden, nur schon um die Zinsen auf den alten Schulden bezahlen zu können. Kam noch hinzu, dass die Banken nur noch kurzfristige (und

Tatsächlich bewegen sich die praktizierten «Lösungsansätze» in längst ausgefahrenen Bahnen:

Sanieren... Zum einen versucht der IWF den Schuldnerstaaten immer härtere «Anpassungsprogramme» aufzuerlegen. Seine Neukredite verbindet er mit der Auflage, dass der betreffende Staat alles daran setzt, um

- seine Handelsbilanz positiv zu gestalten (um auf diese Weise die Ressourcen für den Schuldendienst zu erwirtschaften), das heisst vor allem seine Exporte anzukurbeln und die Importe einzuschränken;
- die allgemeinen Staatsausgaben zu senken, dank Lohnabbau die interne Nachfrage zu dämpfen und damit um so mehr die Exporttätigkeit anzureizen.

teurere) Kredite gewährten, deren Rückzahlung alle Jahre die verschuldeten Länder vor fast unüberwindbare Probleme stellt.

Der teure Dollar

Der Grossteil der Schuld der Drittweltstaaten lautet auf Dollars. Mit dem in den letzten drei Jahren steigenden Dollarkurs wuchs die Auslandschuld um Milliardenbeträge; dies, ohne dass die Schuldenländer das geringste dagegen tun können.

Die unsoziale Wirtschaftspolitik der Industriestaaten und insbesondere der USA

Dass die Zinsen und der Dollar steigen, und dass andererseits die Rohstoffpreise ganz unten sind, liegt nicht einfach in der «Natur der Dinge». Dahinter steckt knallharte, interessenbedingte Wirtschaftspolitik. Bekanntlich sind es vor allem die Amerikaner, die ihr gigantisches Haushaltsdefizit auf dem Kreditweg finanzieren, damit weltweit buchstäblich alles Kapital an sich saugen, und dadurch Dollar und Zinsen in die Höhe treiben. Sie sind es auch, die sich dank dem hohen Dollar die Ressourcen der Dritten Welt (aber auch Europas) zu einem Pappenstiel kaufen, während sich die Banken an den grotesk hohen Dollarzinsen schadlos halten.

Die Ursachen der Schuldenkrise sind – wie gezeigt – komplex, und es kann hier nicht darum gehen, einem Staat oder gar einer Person den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die Weltwirtschaft wird nicht von Drahtziehern gesteuert. Trotzdem: Der gegenwärtige von der US-Regierung gefahrene wirtschaftspolitische Kurs (hohe Zinsen, Protektionismus, Dumping der Rohstoffpreise, Abblocken von neuen Entwicklungshilfegeldern, harte Haltung in den internationalen Währungsinstitutionen) ist in vielfacher Weise für die Verschuldungskrise mitverantwortlich.

Die Folgen dieser Politik sind für die Drittweltländer fatal: Die Sparmassnahmen treffen vor allem die ärmsten Teile der Bevölkerung. Die Art und Weise, wie gegenwärtig auf ihrem Buckel die Last der Schuldenkrise abgeladen wird, gehört zu den schreiendsten Ungerechtigkeiten in diesem Jahrhundert. Kommt noch hinzu, dass der Herstellung einer positiven Zahlungsbilanz (wie sie im vergangenen Jahr in Mexiko, Argentinien und Brasilien tatsächlich erreicht worden ist) auf der Seite der Exporttätigkeit deutliche Grenzen gezogen sind. Ist es nicht fragwürdig, wenn die Länder mit ihrer hungernden Bevölkerung immer mehr Fleisch, Soja oder Gemüse exportieren? Kommt noch hinzu, dass es schwieriger wird, die Exportwerte zu steigern, wenn die Preise fallen und die Märkte zunehmend verstopft sind. Die Tatsache, dass die Schuldnerländer im vergangenen Jahr positive Handelsbilanzen erwirtschafteten, geht daher weniger auf die Expansion der Exporte als vielmehr auf *die massiven Reduktionen der Importe* zurück. Nach Angaben der BIZ betrug im Falle Lateinamerikas zwischen 1981 und 1983 rund 50 Prozent. Dies brachte wiederum die Exportindustrie der Industriestaaten in Schwierigkeiten.

... und Konsolidieren Zum anderen fahren die internationalen Bankkonsortien fort – wenn auch nur zögernd und schwankend –, den Schuldnerstaaten neues Geld zur Verfügung zu stellen, *sofern* sie bereit sind, nach der wirtschaftspolitischen Pfeife des IWF zu tanzen und regelmässig den Gläubigerbanken die Zinsen zu entrichten. Umschuldungen und Gewährung von Neukrediten, machen die Banken nicht aus Nächstenliebe:

1. *Die Banken haben keine andere Wahl als umzuschulden. Es ist nämlich ein Ding der Unmöglichkeit, dass Brasilien die 40 Milliarden Dollar Schuldentilgungen bewerkstelligen kann, die theoretisch für 1985 anstünden.*
Hier «rächt» es sich, dass die Banken während Jahren unkontrolliert und chaotisch Kredite zu Hauf gewährt haben.
2. *Die Banken können nur verhindern, dass die ausstehenden Kredite abgeschrieben werden (und somit die Bankgewinne zurückgehen), wenn sie den Drittweltstaaten Möglichkeiten schaffen, die Zinsen für die Kredite weiter zu bezahlen. Dies geschieht eben mit neuen Krediten und der Umschuldung der alten.*

Diese Sanierung der Wirtschaft der Drittweltstaaten und Schuldenkonsolidierung tragen den Probleberg nicht ab, sondern schieben ihn voran; noch mehr, sie häufen ihn sogar weiter an. Neueste Zahlen der BIZ beweisen es: Im Falle Lateinamerikas stieg zwischen 1982 und 1983 das Verhältnis von Schuldenmenge zu Erlösen aus Güter- und Dienstleistungsexporten von 300 auf 309 Prozent.

Banken stehen sich aus der Verantwortlichkeit

Weil auch den Banken nicht entgeht, dass sich die Schuldenbombe nicht entschärft, beginnen einige unter ihnen «private» Rettungsanker auszuwerfen; «Rettungsanker», die vielleicht den einzelnen retten, aber das Gesamtsystem noch näher an den Abgrund führen. Drei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

Beispiel 1: Die amerikanische Bankenaufsicht schreibt vor, dass ein Kredit, dessen Zinsen seit über drei Monaten überfällig sind, teilweise abgeschrieben werden muss. Dies würde sich auf die Gewinne und Dividendenzahlungen auswirken. Weil die amerikanischen Banken in der Praxis immer mehr mit solchen Zinsausständen konfrontiert sind, und weil sie aber gleichzeitig unter Zugzwang stehen, immer höhere Profite auszuweisen (was in den USA erst Vertrauen zur Bank schafft), *versuchen sie, aus den noch bedienten Krediten das Maximum herauszuholen, indem sie die Zinsen heraufsetzen.* Mit den höheren Zinsen steigen zwar die ausgewiesenen Gewinne der betreffenden Bank, mit der höheren Zinsbelastung für die Drittweltländer steigt aber auch gleichzeitig die Chance, dass das ganze Gebäude einstürzt.

Beispiel 2: Vor allem die Schweizerbanken versuchen mit Reservepolstern sich für alle Fälle zu wappnen. Diese Polster werden nicht zuletzt dank den Extragebühren und den sogenannten Risikotaxen angelegt, die den verschuldeten Drittweltstaaten zusätzlich zu den bereits hohen Zinsen bei Umschuldungen draufgeschlagen werden. Das «System» nimmt hier die absurdesten und ungerechtesten Formen an: Weil beispielsweise Brasilien ein «risikoträchtiger» Schuldner ist, werden ihm für Neukredite oder für Erstreckungen von alten Schulden zusätzliche Zinsprozente draufgeschlagen. Je kränker ein Schuldner ist, desto schwerere Bürde wird ihm aufgeschnallt.

Beispiel 3: Zwar ist jedem Bankier bewusst, dass er die Zinsen auf den alten Krediten nur erhält, wenn er in gewissem Umfange neues Geld dem schlechten nachwirft. In der Öffentlichkeit predigen daher alle Bankiers die Notwendigkeit, Neugeld in die Dritte Welt zu pumpen, weil aber mit jedem Neugeld das Risiko ansteigt, ist der Bankier als «privates Subjekt» bestrebt, den «privaten» Anteil an der kollektiven Risikoübernahme zu reduzieren oder gar zu verweigern. Die Folge davon ist, dass insgesamt viel zu wenig Neugeld in die Schuldnerländer fliesst; ja im Jahre 1983 ist sogar der paradoxe Zustand erreicht worden, dass mehr Dollars in Form von Dividenden, Zinsen und Gewinnen der verschiedensten Art aus Lateinamerika herausflossen als an Neukrediten hineingepumpt wurden: *Das arme Lateinamerika wurde zum Nettokapitalexporteur!* Auch dies führt nicht gerade zu einer Entschärfung der Schuldenbombe!

Nutznieser und Leidtragende

Die internationalen Kreditbanken haben sich das heutige Schuldenproblem eingebrockt. Markus Lusser und Fritz Leutwiler, die beiden führen-

den Köpfe der Nationalbank, haben dies in der Öffentlichkeit stets betont. Es ist auch ein offenes Geheimnis, dass durch den Kreditboom ein wahrer Geld- und Gewinnsegen auf die Banken niederprasselte. Paradoxaerweise müssen die Banken nicht für die «Sünden» bezahlen, sondern sie profitieren gar von der Verschuldungsmisere.

Doch nicht nur sie. Gewinner sind auch die politischen und wirtschaftlichen Eliten in den hochverschuldeten Drittweltländern. Sie stossen sich an den mit dem Kreditsegen errichteten Mammut- und Prestigeprojekten gesund. Den Drittweltbanken wuchs dank der Verschuldung geradezu ein Schlaraffenland: So befinden sich unter den 5 profitabelsten Banken der Welt gleich deren 4 aus Südamerika, darunter die «Profitweltrekordhalterin» Banco Itaú aus São Paulo (an der übrigens auch die Schweizerische Bankgesellschaft mitbeteiligt ist), die 1983 inflationsbereinigt rund 7 Prozent Gewinn (in Prozent der Aktiven vor Abzug der Steuern) verzeichnete (zum Vergleich: SKA 0,6 Prozent).

Gewinner waren – bis vor kurzem – auch die Exportindustrien. Allein das auf Pump finanzierte Giganto-Kraftwerk Itaipú in Brasilien bescherte der schweizerischen BBC Aufträge von weit über einer Milliarde Franken. Heute wird dafür die Rechnung präsentiert: So sind von 1982 auf 1983 die schweizerischen Exporte nach Argentinien von 355 auf 228, nach Brasilien von 414 auf 383 und nach Mexiko von 410 auf 181 Millionen Franken zusammengeschrumpft. Dieser Trend wird sich in naher Zukunft nicht ändern.

Auch der Milliardenauftrag der schweizerischen Maschinenindustrie für das türkische Grosskraftwerk Atatürk wird keine Linderung bringen. Die Parallelen mit dem brasilianischen Mammutkraftwerk Itaipú liegen allzu deutlich auf der Hand: Die Türkei verschafft der schweizerischen Industrie zwar kurzfristig neue Beschäftigung, aber der «kranke Mann am Bosphorus» ist im Moment gar nicht fähig, die 10 Milliarden Kosten für das Werk zu tragen und wird – wie es die südamerikanischen Länder der Reihe nach vorgemacht haben – kopfvan in den Schuldenstrudel tauchen. Importrestriktionen, die schon mittelfristig die schweizerische Exportindustrie treffen, werden die Folgen sein.

Die Zeche für eine Exportpolitik, die den Drittweltländern wenig realwirtschaftlichen Nutzen bringt, sie aber um so mehr in eine Situation der Zahlungsunfähigkeit manövriert, hat nicht zuletzt der schweizerische Steuerzahler zu begleichen. Bekanntlich sind die Schäden, die der *Exportrisikogarantie (ERG)* wegen der Zahlungsunfähigkeit von Schuldnerstaaten erwachsen, sprunghaft angestiegen. Im Jahre 1980 betrug sie 97 Millionen Franken, 1981 109 Millionen, 1982 181 und im vergangenen Jahr 299 Millionen Franken. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Defizit der ERG mehr als verdoppelt. Die entsprechenden Löcher werden durch sogenannte, «Vorschüsse» des Bundes, mithin also Steuergeldern finanziert. Von ihnen schreibt der Bundesrat in seinem bereits zitierten Bericht: «Das Ausmass dieser Vorschüsse ist nicht vorauszusehen, denn es hängt davon ab, wie rasch die Schuldnerländer ihre Zahlungsbilanzen

in den Griff bekommen und ihre Kreditfähigkeit zurückerlangen». Nun bekommen aber die Schuldnerstaaten ihre Zahlungsbilanzen gerade deswegen *nicht* in den Griff, weil sie mit ihren überdimensionierten Mammutprojekten sich bis zum Hals in den Schuldenmorast begeben. Das türkische Atatürkprojekt ist nur das jüngste Beispiel.

Wie weiter?

In jüngster Zeit gelangen einzelne Banken mit neuen Lösungsvorschlägen an die Öffentlichkeit. Doch nur allzu oft erweisen sie sich als Propagandablasen, die schon bei der leisesten Berührung mit der Wirklichkeit platzen. Zwei Beispiele aus der Palette solcher als «Lösungen» deklarierten Vorschläge verdeutlichen es:

- Ein Vorschlag geht darin, die Zinszahlungen für eine Weile auszusetzen und die Zinsen auf das Kapital zu schlagen. Doch logischerweise wächst dadurch die Schuldenlast weiter und macht die Lösung des Problems in Zukunft schwieriger.
- Ein anderer Vorschlag (vor kurzem von Robert Holzach, Präsident der SBG, vorgebracht) beinhaltet, einen Teil beispielsweise der brasilianischen Schulden in niedrigerverzinsten Schweizer Franken umzuschichten. Dieser Vorschlag kommt aber viel zu spät und grenzt unter den heutigen Umständen an Zynismus: Nachdem die Schuldnerstaaten monatelang mit Zähneknirschen den Aufwärtstrend des Dollars mitmachen mussten (was ihre auf Dollar lautende Auslandsschuld enorm verteuerte), sollen sie ausgerechnet jetzt, wo der weitere Aufwärtstrend des Dollars nicht mehr lange anhalten kann, auf den Franken umschichten und damit ein *neues Wechselkursrisiko* auf sich nehmen.

Es gibt noch zahlreiche ähnliche Vorschläge, die sich in einem Punkt decken: Sie versuchen die schwierige Situation zu entschärfen, ohne die Banken in irgendwelcher Form zur Kasse zu bitten – ein Versuch, der auf eine Quadratur des Kreises hinausläuft.

Die Drittweltländer und eine wachsende internationale Öffentlichkeit verlangen substantielle Erleichterungen im Zinsen- und Schuldendienst. Sie fordern allgemeine Zinssenkungen, Ermässigungen der zahlreichen Bankgebühren und den Zugang zu neuen und billigen Krediten. Die radikaleren unter ihnen, und vor allem die südamerikanischen Oppositionsparteien verlangen ein allgemeines *Schuldenmoratorium*, also das Aussetzen des Schuldendienstes während einiger Jahre. Einig sind sie sich darin, dass die Kreditkonditionen, also die vom IWF auferlegten harten und unsozialen Anpassungsprogramme revidiert werden müssten. Der IWF, so die einhellige Meinung in der Schuldnerkonferenz von Cartagena, müsse an Haupt und Gliedern reformiert werden.

Gegenüber diesen Forderungen stellen sich die Industriestaaten und die westliche Bankenwelt taub. Die einzige «Konzession», die von ihrer Seite in den letzten Monaten gemacht wurde, besteht darin, dass sie jenen

Schuldnerstaaten eine «Vorzugsbehandlung» in Form von minimalen Zinsermässigungen einräumen, die sich besonders gewissenhaft an das von IWF und Bankenkonsortien auferlegte «Anpassungsprogramm» halten. «Musterknaben» wie Mexiko, die ihre «Sanierung» mit einem unvorstellbaren Mass an sozialem Elend erkaufte haben, sollen auf diese Weise geködert – dies ist die wahre Absicht – und von der Bildung eines internationalen Schuldnerkartells abgehalten werden.

Die Banken müssen Federn lassen

Man kann die Sache drehen, wie man will: Eine Wiederankurbelung der Weltwirtschaft kommt nicht an einem allgemeinen Abbau des Schuldenberges vorbei: *den Schuldenberg aber mit einer Forcierung der Exporte und dem Gürtelengerschnallen der Drittweltländer abzutragen, erweist sich als Illusion und als schreiendes Unrecht.* Also bleibt als einziges Mittel, dass die Banken nicht nur die Zinsen und ihre Konditionen mässigen, sondern dass sie auch *einen Teil der Schulden den Drittweltstaaten erlassen.* Wenn die Banken sich aus freien Stücken zu diesem Schritt bequemen, bleibt die Chance, dass über internationale Verhandlungsrunden ein geordneter und kontrollierbarer Entschuldungsprozess stattfinden könnte. Wenn sie dies nicht tun, wächst täglich die Gefahr, dass sich ein Schuldnerstaat oder sogar ganze Schuldnergruppen zusammenschliessen und einseitig weitere Zahlungen verweigern.

In den Augen von Wilhelm Hankel, Honorarprofessor für Entwicklungs- und Währungspolitik und ehemaliger Leiter der Kreditabteilung unter Wirtschaftsminister Karl Schiller in der Bundesrepublik Deutschland, *ist daher das Streichen eines Teiles der Drittweltschulden sogar die «billigste Krisenlösungsstrategie».* Nach seinen Worten verhindert sie «den Zahlungstreik der Schuldner und damit den Zusammenbruch der liberal verfassten Weltwirtschaft. Sie vermeidet aber auch den Handelskrieg zwischen Schuldnern und Gläubigern und damit noch tiefere und folgenswerere Wachstums- und Beschäftigungseinbrüche in den exportabhängigen Industrieländern wie in den importabhängigen Ostblock- und Entwicklungsländern».

Aus der Sicht eines «Anwaltes» der armen Drittweltländer braucht es noch weitere Massnahmen auf dem Gebiet des Strukturwandels in den Entwicklungsländern selber (vor allem eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse der Ärmsten) und auf der Ebene der Reform der Weltwirtschaftsordnung (beispielsweise «gerechtere» Austauschbedingungen). Der von Hankel skizzierte Schuldenschnitt muss aber am Anfang aller zu treffenden Massnahmen stehen.

Wer soll allerdings die Kosten eines Schuldenerlasses bezahlen? Gewiss die Banken, denn sie haben sie die Suppe selbst eingebrockt, und sie haben aus dem Geschäft mit der Dritten Welt grandiose Profite gezogen. Dazu Nationalbankchef Leutwiler: «Die Banken haben ihr Heil im Ausland gesucht und sind zum Teil recht aggressiv in diese Kreditmärkte

hineingegangen. Sie haben die Risiken unterschätzt. Dafür müssen sie nun geradestehen...» (Die Zeit, 1.6.84) In diesem Zusammenhang gilt es darauf zu achten, *dass auf Druck der Banken nicht zunehmend die Risiken sozialisiert werden*, indem öffentliche Gelder, die der Steuerzahler indirekt an die internationalen Währungsorganisationen bezahlt, eingesetzt werden, um den Banken die leidige Pflicht, Neukredite zu gewähren, abzunehmen.

Hier taucht die Frage auf, ob die Banken die gewaltigen Kosten eines (teilweisen) Schulderrlasses verkräften könnten. Vermutlich wäre dies nicht auf einen Schlag möglich. Ein allgemeiner Entschuldungsprozess käme daher nicht um eine Mitwirkung der Nationalbanken herum. Nicht dass sie die nicht eintreibbaren Forderungen den Privatbanken abkaufen sollten – was in der Tat auf eine Sozialisierung der Verluste hinausliefe, wogegen Nationalbankchef Leutwiler zu Recht «auf die Barrikaden gehen» würde (wie er in einem Interview erklärte) – hingegen könnten sie eine «Überbrückungshilfe» leisten, indem sie die jährlichen Aufwertungsgewinne aus dem Gold heranziehen würden.

Was tun die Gewerkschaften?

Es ist unmöglich und es wäre vermessen, hier fixfertige Lösungsvorschläge zu präsentieren. Das bereits Gesagte lässt aber immerhin den Schluss zu, dass *neue Lösungsansätze dringend* und dass sie in der Richtung eines allgemeinen Schuldenerlasses oder Schuldenmoratoriums zu suchen sind.

Demgegenüber zeigen Bundesrat und das dafür zuständige Bundesamt für Aussenwirtschaft in ihrem Bericht über die Verschuldungslage keine neuen Konzepte und keine Alternativen. Die Schweiz verschanzt sich hinter dem IWF, dem sie blauäugig und unkritisch «Fortschritte» in der Anpassungsstrategie zugesteht. Sätze wie «In allen Fällen ist darauf zu achten, dass die Massnahmen nicht soziale Unrast verursachen und die Länder politisch destabilisieren» sind Lippenbekenntnisse und politische Schönreden. Ausser dem Hinweis, dass die Schweiz weiter an Schuldenkonsolidierungsmassnahmen teilnehmen und Neugeld zur Verfügung stellen müsse – was auf die längst als unzureichend erkannte Feuerwehrpolitik hinausläuft – enthält der Bericht nicht einen Satz, in dem tiefergehende Gedanken über eine Lösung des Verschuldungsproblems gemacht werden.

Um so mehr liegt es meines Erachtens an den Gewerkschaften, dass sie beim Bund vermehrt vorstellig werden. Denn wie bereits gezeigt worden ist, werden durch die Verschuldungskrise auch in der Schweiz massiv Arbeitsplätze gefährdet. Ganz abgesehen davon, dass es die Gewerkschafter nicht gleichgültig lassen kann, wenn das Ausmass von Armut und Gewalt in der Dritten Welt unerträglich geworden ist.

Gewerkschaften und Drittweltorganisationen haben in diesem Problemumfeld mehr Gemeinsamkeiten, als man anzunehmen geneigt ist.

Nicht zufälligerweise haben ja beide Kräfte bei der Bankeninitiative auf der gleichen Seite des Strickes gezogen. Den Drittweltorganisationen ging es dort vor allem um die Bekämpfung des Zustromes von Fluchtgeldern, die in den Drittweltstaaten das Verschuldungsproblem vergrössern. Die Gewerkschaften waren über diesen Fluchtgeldstrom in die Schweiz ebenso besorgt; denn er reduzierte die Importfähigkeit der von der Kapitalflucht geschädigten Länder, was wiederum einen zurückgehenden Bestellungseingang bei unseren Exportindustrien zur Folge hat.

Ähnliche Gemeinsamkeiten bestehen auch bei der Exportrisikogarantie (ERG). Die Drittweltorganisationen üben Kritik, weil die ERG Exportgeschäfte absichert (und dem Exporteur damit das Risiko abnimmt), die den Bedürfnissen des Drittweltlandes absolut nicht angepasst sind und seine Verschuldung verschlimmern. Zur Aufrechterhaltung einer für die Sicherung der Arbeitsplätze nötigen langfristigen gleichmässigen Exporttätigkeit müssen die Gewerkschaften zu ähnlichen Überlegungen gelangen. Denn was nützt es ihnen, wenn die Exportmaschinerie – beispielsweise für das Kraftwerk Atatürk – *kurzfristig* anläuft, aber mit dem gleichen Auftrag um so mehr die Voraussetzungen geschaffen werden, dass *langfristig* das betreffende Land sich keine Importe mehr aus der Schweiz leisten kann? Das Gesetz schreibt vor, dass die ERG «Arbeitsplätze erhalten» und «die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik berücksichtigen» muss. *Es hat sich erwiesen, dass das eine ohne das andere nicht möglich ist.*

Insofern müssen sich Drittweltorganisationen und Gewerkschaften darin unterstützen, je einen Vertreter in die zuständige ERG-Kommission (die gegenwärtig nur von Vertretern des Bundes und der Arbeitgeberseite bestückt ist) delegieren zu können.

Eine vernünftige Lösung des Schuldenproblems liegt in beidseitigem Interesse. Beide Seiten können es nicht länger hinnehmen, dass die an privatwirtschaftlichem Nutzen orientierten Banken mit ihrem Geschäftsgewahren

- die Ärmsten der Dritten Welt in immer ausweglosere Situationen treiben;
- das Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystem immer näher an den Rand eines Kollapses führen;
- und für die Beschäftigungslage (fast ein Viertel unserer Exporte gehen in die Dritte Welt) Gefahr heraufbeschwören.

Weiterwursteln und ein Voranschieben der anstehenden Probleme macht die Lösung der Probleme jeden Tag schwieriger. Und weil es heute jede Hand braucht, um die Weichen in Richtung von grundsätzlichen Lösungen zu stellen, ist das Besinnen auf Gemeinsamkeiten zwischen Drittweltorganisationen und Gewerkschaften nötiger denn je.